

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Bestellgeb. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72208 — **Postcheckkonto Leipzig Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die 10. Geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachlag. Refkamezelle 2 Mt. Inserate v. ausw.: die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorschrift 50 Pfg., Refkamezelle 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Volkankassen entgegen

Proletarische Weltpolitik.

Von Dr. Otto Bauer, Wien.

Die Führer der Sowjetrepublik sprechen eine Sprache, als glaubten sie, daß der Krieg unmittelbar bevorstehe, daß England binnen kurzem die Sowjetrepublik kriegerisch überfallen werde. Ganz so schlimm steht es wohl nicht. Die kapitalistische Welt hat die wirtschaftlichen Zerstörungen des Weltkrieges noch nicht überwunden und ihr liegt noch der Schrecken über die durch den Weltkrieg entfesselten Revolutionen in allen Gliedern; sie hat vorläufig noch zuviel Sorgen und zuviel Angst, als daß sie jetzt schon einen neuen Krieg herauszubeschwören wagte. England kann nirgends in der Welt die Sowjetunion wirksam angreifen; und alle anderen Staaten werden sich es überlegen, als Söldner Englands die Rote Armee herauszufordern. In Europa könnten nur Polen und Rumänien den Angriff auf Rußland beginnen. Aber Polen, das ohnehin mehr weiß- und rufschisches Land annektiert hat, als es verdauen kann, könnte durch einen Krieg nichts gewinnen, wohl aber mit seinen um die Agrarreform betrogenen Bauern, mit seinen rebellierenden nationalen Minderheiten, mit einem feindlichen Deutschland im Rücken alles verlieren. Man braucht sich bloß zu erinnern; wie die englische Regierung im Kriege die englischen Arbeiter umschmeicheln mußte, um zu verstehen: wenn die englische Regierung den Krieg nahe glaubte, würde sie nicht, wie sie es jetzt tut, die Arbeiter täglich provozieren. Und man muß sich nur der Haltung Polens nach der Ermordung Woiwods erinnern, um sicher zu sein: Polen hat keine Lust, sich um Englands willen in das gefährliche Abenteuer eines Krieges gegen die Sowjets zu stürzen. All das wissen natürlich die Moskauer Machthaber sehr genau. Gebärden sie sich trotzdem, als befände unmittelbare Kriegsgefahr, so geschieht das offenbar zu dem Zwecke, um im Namen der bedrohten Revolution alle Kräfte gegen die Opposition im eigenen Lager und gegen den weißen Terror der Konterrevolutionäre zu rallieren.

Aber wenngleich wir nicht glauben, daß ein kriegerischer Angriff auf die Sowjetunion unmittelbar bevorstehe, so bleibt die Lage doch ernst genug. Der britische Imperialismus versucht es unzweifelhaft, die Sowjets politisch und wirtschaftlich einzukreisen. Das eine solche Politik die gefährlichsten Spannungen erzeugt, daß sie, wenn auch nicht in wenigen Monaten, so doch im späteren Verlauf der Ereignisse alle Gegenstände dermaßen verschärfen kann, daß schließlich der Krieg unabwendbar wird, das wissen wir aus der Vorgeschichte des Weltkrieges. Was in so gefährlicher Weltlage die Aufgabe des internationalen Sozialismus ist, das hat der Kongreß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille richtig voraussehend festgestellt. Mit der ganzen Kraft des Proletariats jede politische Einkreisung, jede wirtschaftliche Boykottierung der Sowjetrepublik, jede Feindseligkeit gegen die Sowjetunion zu bekämpfen, den herrschenden Klassen aller Länder die Entschlossenheit der Arbeiterklasse zu zeigen, sich mit allen, auch mit revolutionären Mitteln jedem Kriege gegen die Sowjetrepublik zu widersetzen — das muß nun die oberste Richtschnur der Weltpolitik des Proletariats sein!

Es wäre töricht, sich darüber zu täuschen, daß die Gegensätze zwischen dem europäischen Sozialismus und dem russischen Bolschewismus diese Aufgabe erschweren. Eine Probe davon hat uns die jüngste Auseinandersetzung zwischen den englischen und den russischen Gewerkschaften geliefert. Die Engländer haben die Russen darauf aufmerksam gemacht, daß die täglichen Hinrichtungen in Rußland dem englischen Imperialismus einen sehr willkommenen Vorwand geben, gegen Rußland Stimmung zu machen. Man erinnert sich aus der Zeit des Weltkrieges, wie gut die englischen Imperialisten das verstehen. Jede Grausamkeit, jede Brutalität, die der deutsche Militarismus in Belgien begangen hat, war für England ein wirksames Mittel jener Propaganda gegen die deutschen „Sunnen“, die nicht nur in England selbst die Kriegsleidenschaften zur Siebeshöhe gesteigert und dadurch erst die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Militarisierung der ganzen Industrie ermöglicht hat, sondern auch außerhalb Englands es dem englischen Imperialismus erleichtert hat, immer neue Staaten zum „Kreuzzug“ gegen die deutschen Barbaren aufzubieten. Begreiflich, daß die englischen Gewerkschaften freundschaftlich warnen: Gebt den Tories keinen Vorwand zu einer Greuelpropaganda! Niemand wird der Sowjetunion das Recht streitig machen, Spione und Verräter einzusperrn; aber muß man sie, was doch keine andere Regierung in Europa tut, gleich erschießen? In Zeiten akuten Bürgerkrieges können Hinrichtungen als Mittel revolutionärer Selbstverteidigung unvermeidlich sein; aber heute herrscht in Rußland kein Bürgerkrieg und ist das Sowjetregime viel zu gefestigt, als daß es des blutigen Terrors bedürfte, der im Ausland viel mehr schadet, als er durch Einkreisung der Gegner im Inland nützen kann. Das haben die Vertreter der englischen Arbeiter der Sowjetregierung vorgestellt. Aber die Antwort der Bolschewiki waren Entrüstung, Beschimpfungen. Weil sie über den Terror anderer Meinungen sind, nennen die Bolschewiki die englischen Gewerkschaften ohne weiteres Verräter und Gelbe! Es ist eine Probe davon, wie

Der Reichsrat zu den neuen Zollgesetzen

Die USP. für den Kartoffel-, Fleisch- und Zuckersoll.

Herr v. Reudell gegen Dr. Badt.

Der Reichsrat hat sich am Donnerstagnachmittag in seiner Plenarsitzung mit den durch den Reichstag beschlossenen Zollgesetzen beschäftigt. Gegen das Gesetz zur Erhöhung des Zuckersolles erhob Hamburg Einspruch. Der Vertreter der preußischen Regierung schloß sich dem Einspruch Hamburgs an. In der Abstimmung wurde der Einspruch mit 42 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Gegen den Einspruch stimmten 10 preußische Provinzialvertreter, außerdem unter anderen der Vertreter des Freistaates Sachsen. Zur Erläuterung der veränderten Haltung der sächsischen Regierung gab Gesandter Dr. Gräbner eine Erklärung ab. Die Regierungsumgestaltung in Sachsen und die Aufnahme eines Deutschnationalen in die sächsische Regierung hat also zu einer Veränderung der Haltung der sächsischen Regierung in der Zollfrage geführt. Davon abgesehen, ist es auf die Zustimmung der Vertreter der preußischen Provinzen zurückzuführen, daß eine Mehrheit für den Einspruch nicht zustande gekommen ist.

Nach dieser Abstimmung nahm dann der Reichsrat die vom Reichstag beschlossenen Zollgesetze an.

Am Schluß der Reichsratssitzung kam es zu einem durch den Reichsinnenminister v. Reudell hervorgerufenen Zwischenfall. Herr v. Reudell verlas eine längere Erklärung gegen den preußischen Ministerialdirektor Dr. Badt, dem er vorwarf, daß er mit dem Rechtsausschuß des Reichstages die Vertraulichkeit der Ausschussungen des Reichsrates gebrochen und der Reichsregierung zu Unrecht vorgeworfen habe, daß es erst eines Druckes auf sie bedürft hätte, eine öffentliche Reichsratssitzung in der Frage des Nationalfeiertages anzuberaumen.

Genosse Dr. Badt wies sofort darauf hin, daß es bisher üblich gewesen sei, daß die Reichsregierung, wenn sie Beschwerden über das Verhalten eines preußischen Beamten zu führen habe, sich zuvor an die preußische Regierung wende. Von einem Bruch der Vertraulichkeit könne keine Rede sein, da am Vortage der preußischen Erklärungen im Rechtsausschuß über die Ausschussungen des Reichsrates im Plenum des Reichsrates Bericht erstattet worden sei.

Herr v. Reudell zog sich auf die Bemerkung zurück, daß ihm der preußische Vertreter von seiner Mitteilung im Rechtsausschuß vorher auch keine Mitteilung gemacht habe, worauf Genosse Dr. Badt sofort erwiderte, daß er die Haltung des preußischen Staatsministeriums gegenüber den Angriffen eines Abgeordneten zu rechtfertigen gehabt hätte, daß es sich also nicht um eine vorbereitete Erklärung gehandelt habe.

Es wurde beschlossen, den Zwischenfall im Ausschuß des Reichsrates zu besprechen, es ist jedoch damit zu rechnen, daß der Zwischenfall schon in der öffentlichen Reichsratssitzung in der nächsten Woche erörtert werden wird.

Es handelt sich offensichtlich um einen von langer Hand vorbereiteten Vorstoß des Herrn v. Reudell gegen den preußischen Ministerialdirektor Dr. Badt, der ihm scheinbar in der letzten Zeit sehr unangenehm geworden ist. Der Anlaß zu dieser Aktion des Herrn v. Reudell ist bei den Haaren herbeigezogen, es sind bei diesem Vorstoß die einfachsten Regeln des Herkommens und des Anstandes im Verkehr zwischen Reichsregierung und Preußenregierung verletzt worden.

Der Verlauf der gestrigen Reichsratssitzung bestätigt, was wir gestern mitzuteilen vermochten. Die Zustimmung des preußischen Vertreters zu dem Einspruch Hamburgs gegen den Zuckersoll war nur eine Demonstration, die im voraus zur Erfolglosigkeit verdammt gewesen ist. Es bleibt also bei den drei erhöhten Zollspositionen, für die sich der Reichstag entschieden hatte.

Die Mehrheit im Reichstage war nicht zu erschüttern, nachdem sich die Bürgerliste Parteien im interfraktionellen Ausschuß geeinigt hatten. Demzufolge blieb nur der Einspruch Preußens im

schwer die ganze Geistesverfassung der Kommunisten das Zusammenwirken macht, das die Weltlage erfordert würde!

Es gibt immer gutgläubige, aber wenig unterrichtete Leute, die meinen, man könnte solche Gegensätze bei gutem Willen über Nacht überwinden. Das ist ein Irrtum. Solange sich die Bolschewiki von der kommenden Entwicklung das Bild machen, sie werde es ihnen ermöglichen, den europäischen Sozialismus zu zerschmettern, die europäischen Arbeitermassen an sich zu reißen, sind alle Einheitskonferenzen und Einheitskomitees nur „entfarven“ und durch Bildung von „Keimzellen“ zu zerlegen. Die Verständigung wird erst möglich sein, wenn die Bolschewiki einsehen werden, daß sie den europäischen Sozialismus nicht werden vernichten, nicht werden beerden können; dann erst werden sie bereit sein, sich mit ihm zu verständigen. Das wird kommen. Die ganze Entwicklung in Rußland selbst, in Europa und nun auch in Asien widerlegt immer deutlicher die bolschewistische Geschichtsperspektive. Unter dem Druck dieser Erfahrungen wird der Bolschewismus allmählich seine Vorstellungen von der künftigen Entwicklung umgestalten müssen. Aber eine solche innere Umwidmung erfordert Jahre. Solange sie noch nicht weit genug gediehen ist, bleibt die Wiedervereinigung ein unerfüllbarer Wunsch,

Reichsrat übrig. Der preußische Landwirtschaftsminister Steigert aber ist Mitglied der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei. Demzufolge war ein anderer Ausgang überhaupt nicht zu erwarten und der Einspruch Preußens, der vor der Behandlung der Zollgesetze im Reichstage erging, war infolgedessen ebenfalls nichts anderes als eine Demonstration. Es bestätigt sich weiterhin, daß Bayern und Baden den Wünschen des Reichsbürgerblocks entsprochen haben. Sie haben dem Antrage des Hamburger Vertreters ihre Stimmen verweigert. Von besonderer Bedeutung indes ist die Erklärung, die Genosse Gräbner im Auftrage der sächsischen Regierung abgegeben hat. Die Mitsprachelisten haben demzufolge ein weiteres „Opfer“ gebracht. Sie sind in die Hochschulzollkont eingeleuchtet. Das ist der Kaufpreis, den sie zu bezahlen hatten, um ihre beiden Minister in der gesamtbürgerlichen Koalition Sachsen behalten zu dürfen. Dies wird für kommende Wahlen von besonderer Bedeutung sein und das beweist weiterhin, wie einhalten nicht mehr möglich ist, wenn sich eine Partei einmal auf die schiefe Bahn begeben hat, die die USP seit Jahren beschritt.

Besonders bemerkenswert ist der Konflikt, der sich am Schluß der Reichsratssitzung zwischen Herrn v. Reudell und dem Ministerialdirektor, dem Genossen Dr. Badt, ergeben hat. Der Innenminister bezog sich auf die letzte Sitzung des Rechtsausschusses im Reichstage, in der über den Verfassungsfesttag verhandelt wurde. Genosse Rosenfeld wirkte dort auf die preußische Regierung ein und frug, warum der Antrag Preußens im Reichsrat, den Verfassungstag in einen Feiertag umzugestalten, noch nicht behandelt worden sei. Daraufhin gab der Vertreter Preußens Aufschluß über die bisherige Behandlung der Angelegenheit, und das hatte Herrn Dr. Reudell genügt, um den preußischen Beamten im Gegensatz zu den bisherigen Gespinnstereien in der öffentlichen Sitzung des Reichsrates entsprechend abzutanzeln.

Der Vorgang bezeugt erneut, wie lästig dem deutschnationalen Innenminister, dem Marschall von Jägernd, die Kontrolle des Reichsrates geworden ist.

Das Steuervereinfachungsgesetz.

Amlich wird gemeldet: Das Reichskabinett verabschiedete in seinen letzten Sitzungen außer dem Reichsschulgesetz unter anderem: das Steuervereinfachungsgesetz, welches als Mantelgesetz vier Einzelgesetze umfaßt. Es handelt sich dabei um das Grundsteuer-Rahmengesetz, das Gewerbesteuer-Rahmengesetz, das Gebäudeentlastungsgesetz und das Steueranpassungsgesetz. Diese 4 Gesetze werden durch ihren gemeinsamen Zweck miteinander verbunden. Sie dienen der Vereinfachung und der Vereinfachung der Steuern selbst und der Steuerverwaltung und sollen auch eine Erparung an Verwaltungskosten und eine größere Bequemlichkeit für die Steuerpflichtigen herbeiführen.

Des weiteren hat das Reichskabinett das Kriegsschadensausgleichsgesetz (Liquidationsschadengesetz) erledigt und dem Reichsrat übermittelt. Es hat sich ermöglichen lassen, den Geschädigten höhere Beträge, als ursprünglich vorgesehen, zuzuwenden, ohne dabei den Haushalt zu gefährden.

Gegen ein Konkordat.

Wie die Tägliche Rundschau meldet, hat die Unterschriftensammlung des Evangelischen Bundes gegen ein Konkordat die dritte Million überschritten und geht, da fortgesetzt noch weitere Listen einlaufen, bereits in die vierte Million hinein.

und alle vorzeitigen Versuche, das noch nicht Mögliche zu verwirklichen, führen nur zu neuen Konflikten, nur zur Verschärfung der Gegensätze, schaden also nur, statt zu nützen. Das zeigt die Geschichte des englisch-russischen Einheitskomitees zur Genüge.

Aber wenn auch die Wiedervereinigung der proletarischen Kräfte noch nicht möglich ist, so ist es doch immer möglich, sie vorzubereiten. Das wichtigste Mittel dazu ist, die Pflicht zu erfüllen, die die Weltlage selbst von uns heischt: uns gegen den Imperialismus entschlossen auf die Seite der Sowjetunion zu stellen! Wir können und sollen nicht die Gegensätze verdecken, die uns vom Bolschewismus scheiden, nicht auf die kritische Beurteilung des Bolschewismus und seiner Entwicklung verzichten; aber wir müssen trotz aller dieser Gegensätze die ganze Kraft des internationalen Sozialismus zur Verteidigung der Sowjetrepublik gegen alle kapitalistischen Feindseligkeiten, gegen alle imperialistische Einkreisungspolitik einleiten. Damit dienen wir nicht nur dem Frieden, den diese Einkreisungspolitik gefährdet, nicht nur dem Kampfe gegen die internationale Reaktion, die allein aus jedem gewaltsamen Sturz der Sowjets Gewinn zöge, sondern auch dem Ziele der Wiedervereinigung des Weltproletariats.